

## Übersicht

über die vom Rat der Kreisstadt Siegburg in seiner Sitzung am 1.10.2015 gefassten Beschlüsse:

### Öffentliche Sitzung

<b>TO.-Punkt</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>	<b>Ergebnis (Kurzfassung)</b>	<b>Beschl.-Nr.</b>
1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	Der Rat erkannte die erweiterte Tagesordnung einstimmig an.	248/15
2.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 11.6.2015	Der Rat erkannte die Niederschrift einvernehmlich an.	249/15
3.	Bericht über die Ausführung der in der Sitzung des Rates am 19.3.2015 gefassten Beschlüsse	Der Rat nahm Kenntnis.	
4.	Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin	Der Rat bestellte Frau Eschmann zur stellvertretenden Schriftführerin.	250/15
5.	Bestätigung einer Beschlussempfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 7.9.2015; Beschluss über den Jahresabschluss 2014 und Entlastung des Bürgermeisters für den Jahresabschluss 2014	Der Rat beschloss den Jahresabschluss 2014 und entlastete den Bürgermeister für den Jahresabschluss 2014.	251/15- 254/15
6.	Bestätigung einer Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 7.9.2015; 1. Änderung der Gesamtabchlussrichtlinie vom 24. April 2012	Der Rat beschloss die Änderung der Gesamtabchlussrichtlinie.	255/15
7.	Bestätigung einer Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Planungsausschusses am 16.9.2015; Benennung der Planstraße im räumlichen Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 10/9	Der Rat benannte die Straße „Droste-Hülshoff-Straße“.	256/15
8.	Widmung öffentlicher Verkehrsflächen nach dem Straßen- und Wegegesetz NRW; „Deichhaus-Aue“ im Stadtteil Deichhaus	Der Rat widmete die Straße „Deichhaus-Aue“ dem öffentlichen Verkehr.	257/15
9.	Bestätigung einer Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.9.2015; Arbeitskreis "Zukunftsfähigkeit"; Einsparvorschläge des Bürgerforums Siegburg	Der Rat beriet über die Einsparvorschläge des Bürgerforums Siegburg.	258/15- 286/15

## Niederschrift über die Sitzung des Rates der Kreisstadt Siegburg am 1.10.2015

10.	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NRW; Kauf und Sanierung der Kindertageseinrichtung Sankt Anno, Bambergstraße; Zusatzinvestition für die Dacherneuerung	Der Rat genehmigte die Dringlichkeitsentscheidung.	287/15
11.	Zukunftsinvestitionsgesetz; hier: Verwendung der Zuschussmittel; Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 3.9.2015	Der Rat verwies die Entscheidung in die Haushaltsberatungen 2016.	288/15
12.	Änderung der Satzung der Kreisstadt Siegburg über die Stadtbetriebe Siegburg AöR hier: 6. Änderungssatzung	Der Rat beschloss die Änderung der Satzung.	289/15
13.	Übernahme von Bürgschaften für die Stadtbetriebe Siegburg AöR - Fachbereich Abwasser	Der Rat beschloss die Übernahme von kommunalen Ausfallbürgschaften für die Stadtbetriebe Siegburg AöR.	290/15
14.	Bürgschaftsübernahme für umzuschuldende Darlehen der Stadtentwicklungsgesellschaft Siegburg mbH	Der Rat beschloss die Übernahme von kommunalen Ausfallbürgschaften für die Stadtentwicklungsgesellschaft Siegburg mbH.	291/15
15.	Umbesetzung von Ausschüssen; Antrag der AfD-Fraktion vom 31.8.2015	Der Rat empfahl dem Verwaltungsrat der Stadtbetriebe Siegburg AöR die Umbesetzung des Kulturbeirates.	292/15
15.1.	Umbesetzung von Ausschüssen; Antrag der CDU-Fraktion vom 28.9.2015	Der Rat beschloss die Umbesetzung von Ausschüssen, empfahl dem Verwaltungsrat der Stadtbetrieb Siegburg AöR die Umbesetzung des Betriebsbeirates und benannte Vertreter für die Gremien von Unternehmen und Einrichtungen.	292/15
16.	Aktuelle Flüchtlingssituation in Siegburg; Antrag der AfD-Fraktion vom 14.9.2015	Der Rat nahm Kenntnis.	
N1	Verweisung aus der Sitzung des Ausschusses für kommunale Gesellschaftspolitik am 17.9.2015; Antrag der FDP-Fraktion vom 2.9.2015; hier: Unterstützung der Initiative der Bürgermeister zur Flüchtlingsproblematik	Der Rat schloss sich der Anregung an, dass Kommunen von den Kosten für Flüchtlinge freigestellt werden müssen.	293/15

## Niederschrift über die Sitzung des Rates der Kreisstadt Siegburg am 1.10.2015

17.	Anfragen von Ratsmitgliedern		
17.1.	Zinslose Darlehen der KfW für Kommunen und gelockerte Bauvorschriften zur Schaffung von Flüchtlingsunterkünften; hier: Anfrage gem. § 17 der Geschäftsordnung	Der Rat nahm Kenntnis.	
17.2.	Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) im Zeitraum Januar bis September 2015; hier: Anfrage gem. § 17 der Geschäftsordnung	Der Rat nahm Kenntnis.	
17.3.	Anfrage zu Verbesserungen am Radwegnetz; hier: Anfrage gem. § 17 der Geschäftsordnung	Der Rat nahm Kenntnis.	
N2	1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 44/5 „Mühlengraben-Quartier“ Plangebiet: Bereich zwischen Brückbergstraße, Wilhelmstraße, der Straße „Zum Hohen Ufer“ und dem Mühlengraben im Siegburger Zentrum <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beschluss zur Einleitung des Änderungsverfahrens</li> <li>• Beschluss zur Durchführung eines beschleunigten Verfahrens</li> </ul>	Der Rat beschloss die Einleitung des Änderungsverfahrens und die Durchführung eines beschleunigten Verfahrens.	294/15
N3	Verweisung aus der Sitzung des Ausschusses für kommunale Gesellschaftspolitik vom 17.9.2015; Elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber/innen;	Der Rat lehnte die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Siegburg ab.	295/15- 296/15
18.	Bekanntgaben der Verwaltung		
18.1.	Gesamtabschlüsse für die Haushaltsjahre 2010 – 2013	Der Rat nahm Kenntnis.	
18.2.	Klageverfahren gegen die Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B in 2015	Der Rat nahm Kenntnis.	
19.	Verschiedenes	Es wurden drei Themen erörtert.	
20.	Anschließend Einwohnerfragestunde	Es wurden drei Einwohnerfragen beantwortet.	

## Niederschrift

über die vom Rat der Kreisstadt Siegburg in seiner Sitzung am 1.10.2015 gefassten Beschlüsse:

<b>Beginn:</b>	<b>18:00 Uhr</b>
<b>Ende:</b>	<b>21:29 Uhr</b>
<b>Ort der Sitzung:</b>	<b>Großer Sitzungssaal</b>

### Anwesend waren:

<u>Vorsitzender</u>		Herr Oliver Schmidt	SPD
Herr Franz Huhn	Bürgermeister	Herr Lothar Stauch	SPD
<u>Ratsmitglieder CDU</u>		<u>Ratsmitglieder FDP</u>	
Frau Marga Basche	CDU	Frau Sigrid Haas	FDP
Herr Jürgen Becker	CDU	Herr Jürgen Peter	FDP
Herr Alexander Bermann	CDU	<u>Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN</u>	
Herr Michael Franz Bürgermeister	CDU	Herr Charly Halft	GRÜNE
Frau Anna Diegeler-Mai	CDU	Frau Birgit Meyer	GRÜNE
Frau Dr. Susanne Haase-Mühlbauer	CDU	Herr Hans-Werner Müller	GRÜNE
Herr Heinz Willi Höver	CDU	Herr Philipp Starke	GRÜNE
Herr Detlef Krause	CDU	Frau Astrid Thiel	GRÜNE
Herr Prof. Dr. Norbert Krudewig	CDU	Herr Dr. Dieter Thiel	GRÜNE
Frau Beate Löbach-Neff	CDU	<u>Ratsmitglieder DIE LINKE</u>	
Herr Hans-Christian Mai	CDU	Herr Michael Otter	DIE LINKE
Frau Ursula Muranko	CDU	Herr Raymund Schoen	DIE LINKE
Herr Lars Henning Nottelmann	CDU	<u>Ratsmitglieder AfD</u>	
Herr Guido Odenthal	CDU	Herr Jörg Dastler	AfD
Herr Michael Römer	CDU	Herr Ralph Wesse	AfD
Herr Tomas Salcedas	CDU	<u>Ratsmitglied</u>	
Frau Petra Schonlau	CDU	Herr Dr. Helmut Fleck	Volksabstimmung
Herr Dirk Schulte	CDU		
Herr Eckhard Schwill	CDU	<b>Es fehlten entschuldigt:</b>	
Herr Ingo Siebenmorgen	CDU	<u>Ratsmitglied CDU</u>	
Herr Leo Sträßer	CDU	Frau Maria-Franziska	CDU
Herr Lazaros Tsapanidis	CDU	Bürgermeister	
<u>Ratsmitglieder SPD</u>		<u>Ratsmitglied SPD</u>	
Herr Martin Kantuzer	SPD	Frau Petra Grammersbach	SPD
Herr Michael Keller	SPD		
Herr Ömer Kirli	SPD		
Frau Gaby Körner	SPD		
Frau Gudrun Meinken	SPD		
Herr Stefan Rosemann	SPD		
Herr Frank Sauerzweig	SPD		

**Verwaltung und Gäste**

Herr Erster Beigeordneter Reudenbach  
Frau Technische Beigeordnete Guckels-  
berger  
Herr Beigeordneter Mast  
Herr Co-Dezernent Hohn  
Herr Co-Dezernent Lehmann  
Herr Linder

Frau Thiel  
Herr Wrobel  
Herr Marks  
Herr Schreiter  
Herr Kuchheuser  
Herr Rutkowski

**Zusätzlich zur Tagesordnung wurden als Nachträge behandelt:****Öffentlicher Teil:****Nachtrag Nr. 1:**

Verweisung aus der Sitzung des Ausschusses für kommunale Gesellschaftspolitik am 17.9.2015;  
Antrag der FDP-Fraktion vom 2.9.2015;  
hier: Unterstützung der Initiative der Bürgermeister zur Flüchtlingsproblematik

**Nachtrag Nr. 2:**

1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 44/5

„Mühlengraben-Quartier“

Plangebiet: Bereich zwischen Brückbergstraße, Wilhelmstraße, der Straße „Zum hohen Ufer“ und dem Mühlengraben im Siegburger Zentrum

- Beschluss zur Einleitung des Änderungsverfahrens
- Beschluss zur Durchführung des beschleunigten Verfahrens

**Nachtrag Nr. 3:**

Verweisung aus der Sitzung des Ausschusses für kommunale Gesellschaftspolitik am 17.9.2015;  
Elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Siegburg

**Nichtöffentlicher Teil:****Nachtrag Nr. 1:**

Kauf einer Gewerbeimmobilie zur Unterbringung von Flüchtlingen/Asylbewerbern

**Sonstiges: (z.B. Sitzungsunterbrechung)**

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Herr Bürgermeister Huhn den Damen und Herren Ratsmitgliedern herzlich, die in der Zeit zwischen den Sitzungen des Rates am 11.6.2015 und 1.10.2015 Geburtstag feierten und überreichte jeweils eine Flasche Rotwein.

**Niederschrift über die Sitzung des Rates der Kreisstadt Siegburg am 1.10.2015**

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte Herr Bürgermeister Huhn das Ratsmitglied Charly Halft für seine 20-jährige Tätigkeit als Mitglied des Rates. Als Anerkennung für die vielfältigen Verdienste überreichte er eine Erinnerungsurkunde und einen Gutschein.

**Öffentliche Sitzung**

TO-Punkt	Beratungsgegenstand	Dienststelle
----------	---------------------	--------------

1.	<b>Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung</b>	<b>02</b>
----	--	-----------

**Herr Bürgermeister Huhn** eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig sei. Er informierte den Rat, dass die Tagesordnung gemäß § 48 Absatz 1 GO NRW um drei Nachträge im öffentlichen und einen Nachtrag im nichtöffentlichen Teil zu erweitern sei. Zudem lägen jeweils eine Ergänzung zu TOP 15 und 23 vor. Herr Bürgermeister Huhn schlug vor, Nachtrag Nr. 1, Unterstützung der Initiative der Bürgermeister zur Flüchtlingsproblematik, zusammen mit TOP 16 zu beraten.

**Herr Kirli**, SPD-Fraktion regte an, Nachtrag Nr. 1, Unterstützung der Initiative der Bürgermeister zur Flüchtlingsproblematik, von der Tagesordnung zu nehmen. Die im Landtag gefassten Beschlüsse machten eine Beratung nicht erforderlich.

**Herr Peter**, FDP-Fraktion, bat um Beratung des Nachtrages.

Der Rat erkannte die erweiterte Tagesordnung einvernehmlich an.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	44
Nein:	0
Enthaltung:	0

2.	<b>Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 11.6.2015</b>	<b>02</b>
----	---	-----------

**Herr Rosemann**, SPD-Fraktion, führte zu TOP 11 der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 11.6.2015 aus, dass dort korrekt wiedergegeben worden sei, dass er es versäumt habe das Thema „Antrag der Alexander-von-Humboldt-Realschule auf Einrichtung einer zusätzlichen Klasse im Jahrgang 7 des Schuljahres 2015/2016“ im Rahmen einer Sondersitzung des Schulausschusses zu behandeln. Weiterhin habe er jedoch ausgeführt, dass auch die Verwaltung eine Sondersitzung hätte terminieren können.

Der Rat nahm Kenntnis und erkannte die Niederschrift einstimmig an.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

<b>3.</b>	<b>Bericht über die Ausführung der in der Sitzung des Rates am 19.3.2015 gefassten Beschlüsse</b>	<b>02</b>
-----------	---	-----------

Der Rat nahm zustimmend Kenntnis.

<b>4.</b>	<b>Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin</b>	<b>02</b>
-----------	---	-----------

Der Rat bestellte Frau Corinna Eschmann zur stellvertretenden Schriftführerin des Rates der Kreisstadt Siegburg.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

<b>5.</b>	<b>Bestätigung einer Beschlussempfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 7.9.2015; Beschluss über den Jahresabschluss 2014 und Entlastung des Bürgermeisters für den Jahresabschluss 2014</b>	<b>14</b>
-----------	--	-----------

**Frau Thiel**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, regte eine Einzelabstimmung an. Sie verwies auf die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 7.9.2015; dort habe sie begründet, warum die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2014 nicht entlasten könne.

**Herr Dr. Fleck** führte aus, dass Herr Bürgermeister Huhn seines Erachtens die Sitzungsleitung während dieses Punktes an die Erste Stellvertretende Bürgermeisterin, Frau Dr. Susanne Haase-Mühlbauer, übertragen solle.

**Herr Wesse** wies für die AfD-Fraktion darauf hin, dass die Prüfung der Abschlüsse der Stadt Siegburg zukünftig durch eine andere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erfolgen solle als in den vergangenen Jahren, da nach Auffassung seiner Fraktion die Gefahren der vergangenen Haushalte vom bisherigen Wirtschaftsprüfer nicht erkannt worden seien.

**Herr Otter** kündigte an, dass sich die Fraktion DIE LINKE enthalten werde und ergänzte, dass die Einführung von Kennziffern hilfreich für die Bewertung der Finanzsituation sei.



Sodann ließ der Bürgermeister über die Punkte 1-4 der Beschlussfolge abstimmen:

1. Der Rat nahm das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2014 durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis.

#### **Mehrheitliche Zustimmung**

Ja:	43 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Nein:	2 (AfD)
Enthaltung:	0

2. Der Rat stellte gem. § 96 Abs. 1 GO NRW den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss 2014 fest.

#### **Mehrheitliche Zustimmung**

Ja:	40 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP)
Nein:	3 (AfD, Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (DIE LINKE)

3. Der Rat beschloss, den Jahresfehlbetrag i.H.v. 28.063.848,43 € durch die Entnahme i.H.v. 15.029.998,61 € aus der Ausgleichsrücklage und eine Entnahme i.H.v. 13.033.849,82 € aus der Allgemeinen Rücklage auszugleichen.

#### **Mehrheitliche Zustimmung**

Ja:	42 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE)
Nein:	1 (Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (AfD)

4. Die Ratsmitglieder beschlossen gem. § 96 Abs. 1 GO NRW die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2014.

#### **Mehrheitliche Zustimmung**

Ja:	33 (ohne BM, CDU, SPD, FDP)
Nein:	9 (Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (DIE LINKE)

<b>6.</b>	<b>Bestätigung einer Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 7.9.2015; 1. Änderung der Gesamtabschlussrichtlinie vom 24. April 2012</b>	<b>IV/20 14</b>
-----------	---	---------------------

Der Rat der Kreisstadt Siegburg beschloss entsprechend dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 7.9.2015 die der Vorlage als Anlage beigefügte 1. Änderung der Gesamtabschlussrichtlinie nebst Anlagen.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	43 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Nein:	0
Enthaltung:	2 (AfD)

<b>7.</b>	<b>Bestätigung einer Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Planungsausschusses am 16.9.2015; Benennung der Planstraße im räumlichen Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 10/9</b>	<b>III/61</b>
-----------	--	---------------

**Herr Halft**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, verwies auf die Beratungen im Planungsausschuss und regte an, die Straße nach dem deutschen Dichter Heinrich Heine zu benennen, zumal Heine Verwandtschaft in Siegburg gehabt habe.

**Herr Becker**, CDU-Fraktion, entgegnete, dass im Dichterviertel auch eine Frau vertreten sein sollte. Die Bezeichnung Heine könne zu einem späteren Zeitpunkt ins Auge gefasst werden.

Der Rat der Stadt beschloss, dass die im Übersichtsplan schwarz dargestellte Erschließungsfläche den Namen „Droste-Hülshoff-Straße“ erhält.

AE: **Mehrheitliche Zustimmung**

Ja:	39 (CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, AfD, Dr. Fleck)
Nein:	6 (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Enthaltung:	0

<b>8.</b>	<b>Widmung öffentlicher Verkehrsflächen nach dem Straßen- und Wegegesetz NRW; „Deichhaus-Aue“ im Stadtteil Deichhaus</b>	<b>III/61</b>
-----------	--	---------------

Der Rat der Stadt Siegburg beschloss, die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 9 gelegene Straßenfläche „Deichhaus-Aue“ gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der zur Zeit geltenden Fassung dem öffentlichen Verkehr zu widmen. Die zu widmende Verkehrsfläche wurde gemäß § 3 Absatz. 4 Nr. 2 StrWG NRW als Gemeindestraße eingestuft, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen. Die Straße (Verkehrsberuhigter Bereich) wurde ohne Beschränkung auf bestimmte Nutzungsarten gewidmet. Im Bereich zweier Wegeabschnitte wurde die öffentliche Nutzung auf den Fußgängerverkehr beschränkt. Zur öffentlichen Straße gehören neben den Flächen des Fußgängerbereiches und des verkehrsberuhigten Bereiches auch einzelne Grünflächen (Straßenbegleitgrün). Der beigefügte Lageplan mit der Abgrenzung der v.g. Bereiche ist Bestandteil dieses Beschlusses.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

<b>9.</b>	<b>Bestätigung einer Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.9.2015; Arbeitskreis "Zukunftsfähigkeit"; Einsparvorschläge des Bürgerforums Siegburg</b>	<b>02 IV/ 20</b>
-----------	---	----------------------

**Herr Becker** stellte fest, dass die CDU-Fraktion im Arbeitskreis „Zukunftsfähigkeit“ aufmerksam mitgearbeitet habe. Er regte für die CDU-Fraktion eine Einzelabstimmung über die Einsparvorschläge an. Er dankte dem Bürgerforum Siegburg für die

geleistete Arbeit zur Erstellung der Einsparvorschläge. Die CDU-Fraktion habe wenige Fragen zum Haushalt gestellt, weil der Haushalt mehrfach fraktionsintern und mit der Verwaltung durchgesprochen worden sei um Einsparpotentiale zu erkennen und umzusetzen.

Die vom Bürgerforum vorgeschlagenen Einsparpotentiale machten maximal rund 1,4 Mio. € aus und stellten damit lediglich einen geringen Teil des ursprünglichen Defizits dar; essentielle Einsparmöglichkeiten seien nicht gefunden worden.

Sinnvolle Vorschläge des Bürgerforums, (Einsparungen Bauhof durch Fremdleistungen und Dienst-PKW, Einsparung von Heizkosten, Einsparung von Stromkosten, Finanzierung der historischen Blätter durch Sponsoren, die weitgehenden Finanzierung der 65er Nachrichten durch Spenden und Sponsoring sowie die Kürzungen in den Budgets Verkehrsplanung und städtebauliche Entwicklung) seien durchweg bereits beschlossen und im Haushalt 2015 umgesetzt. Die Anhebung der Beiträge der Offenen Ganztagschule wurde nachträglich beschlossen.

Keine Verbesserung bringe die Reduzierung der Miete der Musikschule; dass Gebäude gehöre der Stadt, weniger Einnahmen wären zu verzeichnen. Für die Verbraucherzentrale sei ein Vertrag rechtswirksam abgeschlossen worden, auch stelle die Verbraucherzentrale eine wichtige Institution im Rahmen der Zentralität einer Einkaufsstadt dar. Ebenso wurde der Vertrag über den Klimamanager nach einer Ratsentscheidung im Dezember 2014 verlängert und beinhalte auch die Begleitung der energetischen Sanierung im Stadtteil Brückberg. Eine Kündigung des Vertrages mit dem Siegburger Sportverein 04 über die Bewirtschaftung des Stadions führe ebenfalls nicht zu Einsparungen.

Eine weitere Gruppe von Vorschlägen ziele auf die Erhöhung von Eintrittspreisen und Gebühren sowie auf die Einführung von Hallennutzungsgebühren. Dies führe zu einer zusätzlichen Belastung und treffe insofern die Bürgerinnen und Bürger, die aktiv am Gemeindeleben teilnehmen und aus sozialen Aspekten auf diese Angebote angewiesen seien. Auch könne eine Anhebung der Gebühren in der Musikschule zu einem „Fluchteffekt“ führen. Die letzte Anhebung des Preises der Jahreskarten für das Freizeitbad „Oktopus“ habe dazu geführt, dass nur noch 200 Karten verkauft worden seien; im Vorjahr seien es 400 gewesen. Diese Entwicklung müsse man auch bei der Musikschule befürchten. Die niedrigen Gebühren der Stadtbibliothek leisteten einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung, rund die Hälfte der Kunden der Bibliothek kämen von außerhalb und würden auch in Siegburg einkaufen. Ebenso verhalte es sich mit dem Wochenmarkt, dem einzigen von Montag bis Samstag stattfindenden grünen Markt im Umland. Eine Erhöhung der Marktgebühren könne zu Geschäftsaufgaben führen.

Herr Becker bat die Verwaltung, die Sportvereine anzuschreiben und um Stellungnahme zu Hallennutzungsgebühren zu bitten.

Weitere Vorschläge bedürften einer genaueren Prüfung und könnten im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2016 behandelt werden. Hierzu zählten die Schulbusfahrten sowie die vorgeschlagenen Handlungsoptionen im Bereich der Stadtbetriebe Siegburg AöR.

Abzulehnen seien die Einsparvorschläge: Zuschuss zum Geschichts- und Altertumsverein, Agendafest und Agendafonds, die Streichung von Versicherungen und die Beendigung der Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindebund. Auch sei ein dritter stellvertretender Bürgermeister notwendig; umliegende Städte hätten teilweise vier stellvertretende Bürgermeister und zusätzliche Ortsbeauftragte. Die Zuwendungen zu der personellen und sachlichen Fraktionsgeschäftsführung seien bereits auf ein notwendiges Maß reduziert worden. Die Zusammenarbeit mit dem Callcenter solle erhalten bleiben; menschliche Ansprechpartner seien bürgerfreundlicher als eine automatisierte Vermittlung. Auch sei der Personalbedarf der Stadtbibliothek Siegburg nicht mit Troisdorf vergleichbar, der Medienumschlag sei in Siegburg wesentlich höher; zudem würden viele Veranstaltungen für Kinder und

Jugendliche angeboten. Auch verfüge die Rhein-Sieg-Halle nicht über zu viel Personal, da andere Veranstaltungsräume durch die Veranstaltungsmeister betreut würden. Die Rhein-Sieg-Halle sei für die Stadt Siegburg als kulturelles Veranstaltungszentrum der Region unverzichtbar.

**Herr Sauerzweig**, SPD-Fraktion, dankte ebenfalls dem Bürgerforum Siegburg für die geleistete Arbeit. Sowohl das Bürgerforum als auch die SPD-Fraktion hätten sich zum Ziel gesetzt, Einsparpotentiale zur Entlastung der Bürger zu ermitteln und umzusetzen.

Zu den einzelnen Einsparvorschlägen führte Herr Sauerzweig aus, dass der Verzicht auf einen dritten stellvertretenden Bürgermeister möglich sei. Die CDU-Fraktion habe nur aufgrund der Ergebnisse der Kommunalwahlen 2014 einen dritten Stellvertreterposten beschlossen. Eine Umstellung der Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder berge die Gefahr, dass die Sitzungshäufigkeit steige und die Teilnahme an Fraktionssitzungen missbraucht werde. Bei den Zuwendungen zu den sachlichen und personellen Kosten der Fraktionsgeschäftsführung sei bereits eine Kürzung um 15% erfolgt; dies treffe insbesondere die kleineren Fraktionen. Die Umstellung des Callcenters solle weiter geprüft werden, hier seien Einsparungen denkbar. Der Verzicht auf die Mitgliedschaft im Städte und Gemeindebund führe jedoch zu einem Beratungsdefizit und dürfe nicht erfolgen. Hinsichtlich einer Reduzierung der Heizkosten solle die Verwaltung ein Gesamtkonzept erstellen, das insbesondere beinhalte, wann sich die erforderlichen Investitionen durch Einsparungen bei den Betriebskosten amortisieren; die Einsparung von Strom sei bereits umgesetzt. Die Marktgebühren dürften nicht erhöht werden. Aufgrund der Bedeutung des Wochenmarktes befürworte die SPD-Fraktion einen vollständigen Gebührenverzicht. Ebenso werde der Verzicht auf Versicherungen abgelehnt. Bei der Optimierung der Schulbusfahrten solle die Verwaltung Gespräche mit den Schulen führen. Die Anpassung der Höchstgrenzen bei den Elternbeiträgen OGS sei bereits umgesetzt. Der Geschichts- und Altertumsverein und das historische Archiv erstellten wichtige Publikationen, die – ebenso wie die 65er Nachrichten – erhalten bleiben müssten. Der Vertrag mit dem Siegburger Sportverein über die Bewirtschaftung des Walter-Mundorf-Stadions solle überprüft werden: hier seien Einsparungen denkbar. Die Einführung von Hallennutzungsgebühren lehne die SPD-Fraktion ab. Die vorgeschlagenen Einsparungen in der Verkehrsplanung und im Bereich der städtebaulichen Entwicklung seien bereits umgesetzt, der Verzicht auf den Klimamanager/Sanierungsmanager würde ebenfalls abgelehnt und sei aufgrund der vertraglichen Bindung nicht möglich. Im Bereich des Agendafestes/Agendafonds sollten keine weiteren Kürzungen erfolgen.

Für den Themenbereich der Stadtbetriebe Siegburg AöR führte Herr Sauerzweig aus, dass Einsparungen bei der Verbraucherzentrale aufgrund des abgeschlossenen Vertrages nicht möglich seien. Die Erhöhung von Musikschulentgelten sehe die SPD-Fraktion kritisch, jedoch seien soziale Gebührenstaffelungen denkbar. Die Möglichkeit von Sponsoring möge die Verwaltung jedoch prüfen. Eine Anhebung des Preises der Jahreskarte für das Freizeitbad „Oktopus“ führe nicht zwingend zu Mehreinnahmen.

**Herr Schoen**, Fraktion DIE LINKE, dankte dem Bürgerforum für eine respektable Anstrengung. An der Überlegung zur Reduzierung der Heizkosten solle der Energieberater der Verbraucherzentrale beteiligt werden; auch ohne investive Maßnahmen seien weitere Einsparungen möglich. Die Musikschulentgelte sollten eine soziale Staffelung erhalten. Im Bereich der Rhein-Sieg-Halle habe die FDP-Fraktion Vorschläge entwickelt, die jedoch bislang nicht umgesetzt worden seien.

Auch **Herr Wesse**, AfD-Fraktion, dankte dem Bürgerforum Siegburg für die geleistete Arbeit. Jedoch beinhalteten die Einsparvorschläge Einschnitte in kulturellen und sozialen Bereichen, dort solle nicht weiter eingespart werden. Der Haushalt 2015 sei bereits verabschiedet, die Vorschläge des Bürgerforums sollten im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016 behandelt werden.

Herr Wesse beantragte für die AfD-Fraktion die Vertagung der Beratungen über die Einsparvorschläge des Bürgerforums Siegburg in die Haushaltsberatungen 2016.

**Frau Thiel**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass der vom Bürgerforum Siegburg vorgeschlagene Weg nicht gangbar sei. Eine Senkung der Grundsteuer B sei im Jahr 2015 nicht finanzierbar. Dies hätte ein Haushaltssicherungskonzept zur Folge; dies sei ohne Not nicht erstrebenswert. Einsparungen im Bereich der Umwelt und der Verbraucherzentrale sollten nicht erfolgen. Auch eine Kürzung der Fraktionszuwendungen werde abgelehnt. Ebenfalls dürften keine Gebührenerhöhung in den Bereichen Musikschule und Stadtbibliothek erfolgen.

**Herr Dastler**, AfD-Fraktion, wies den Rat darauf hin, dass seiner Auffassung nach die Entwicklung der Anzahl der verkauften Jahreskarten für das Freizeitbad „Oktopus“ noch nicht abgeschlossen sei. Auch mit Hinweis zu den Nachbarstädten sei die Jahreskarte weiterhin zu günstig.

**Herr Dr. Fleck** lehnte die vorgeschlagenen Einsparungen im sozialen Bereich sowie mögliche Gebührenerhöhungen ab. Die Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindebund könne jedoch beendet werden.

**Herr Peter**, FDP-Fraktion, dankte dem Bürgerforum Siegburg für die geleistete Arbeit und schloss sich den Ausführungen von Herrn Becker an. Er ergänzte, dass in den Fraktionen wichtige Arbeit geleistet werde; die Aufwandsentschädigungen deckten den tatsächlichen Aufwand nicht ab. Er lud die Vertreter des Bürgerforums ein, bei Fraktionssitzungen zu hospitieren.

Weiterhin solle das bisherige Callcenter als Serviceleistung für die Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben. Die Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindebund dürfe nicht beendet werden, da der Städte- und Gemeindebund die Interessen der ihm angeschlossenen Kommunen vertrete. Die Musikschule sei in der Geburtsstadt Humperdinck eine besondere Verpflichtung mit einem hohen kulturellen Stellenwert. Eine weitere Anhebung des Preises der Jahreskarten für das Freizeitbad „Oktopus“ sei nicht möglich.

**Herr Halft**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wies nachdrücklich darauf hin, dass die erfolgten Umbau- und Renovierungsmaßnahmen in Stadtbibliothek und Stadtmuseum entgegen den Darstellungen des Bürgerforums Siegburg von besonderer inhaltlicher Tragweite für die Arbeit und Bedeutung der kulturellen Institution gewesen sei.

Dann ließ Herr Bürgermeister Huhn über den Antrag der AfD-Fraktion, die Beratungen über die Einsparvorschläge des Bürgerforums Siegburg erfolgen im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016, abstimmen.

**Mehrheitlich abgelehnt**

Ja:	2 (AFD)
Nein:	43 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	0

Sodann ließ Herr Bürgermeister Huhn über die Einsparvorschläge des Bürgerforums Siegburg einzeln abstimmen:

**Städtischer Haushalt:****1) Verzicht auf den dritten Stellvertretenden Bürgermeister; 4.500,00 €****Mehrheitlich abgelehnt**

Ja:	10 (SPD, Dr. Fleck)
Nein:	29 (CDU, FDP, DIE LINKE)
Enthaltung:	6 (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

**2) Aufwandsentschädigung Ratsmitglieder; 33.350,00 €****Einstimmige Ablehnung**

Ja:	0
Nein:	45
Enthaltung:	0

**3) Personelle Geschäftsführung der Fraktionen; 70.000,00 €****Einstimmige Ablehnung**

Ja:	0
Nein:	45
Enthaltung:	0

**4) Kosten der Fraktionen; 10.800,00 €****Einstimmige Ablehnung**

Ja:	0
Nein:	45
Enthaltung:	0

**5) Sonstige Aufwände Zentraler Dienste; 57.000,00 €****Einstimmige Ablehnung**

Ja:	0
Nein:	34 (CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	11 (SPD, AfD)

**6) Einsparungen Bauhof Fremdleistungen; 50.000,00 €****Einstimmige Ablehnung**

Ja:	0
Nein:	45
Enthaltung:	0

**7) Einsparungen Bauhof PKW; 10.000,00 €****Einstimmig Erledigung festgestellt**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

**8) Einsparung Beitrag Städte- und Gemeindebund; 16.100,00 €****Mehrheitlich abgelehnt**

Ja:	1 (Dr. Fleck)
Nein:	42 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE)
Enthaltung:	2 (AfD)

**9) Einsparung von 5% der Heizkosten bei städtischen Immobilien; 45.000,00 €;  
Prüfauftrag zur Möglichkeit weiterer Einsparungen****Einstimmiger Beschluss**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

**10) Einsparung Strom 3% durch LED-Beleuchtung und Umerziehung;  
19.350 €****Einstimmig Erledigung festgestellt**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

**11) Erhöhung der Marktgebühren und Optimierung der Zahlvorgänge;  
10.000,00 €****Einstimmig abgelehnt**

Ja:	0
Nein:	43 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (AfD)

- 12) Streichung von Versicherungsbeiträgen (z.B. Notärzte, Spezialstrafrechtsschutz); 20.000,00 €**

**Einstimmig abgelehnt**

Ja:	0
Nein:	43 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (AfD)

- 13) Optimierung Busfahrten; 42.693,00 €;  
Prüfauftrag zur Möglichkeit von Einsparungen**

**Einstimmiger Beschluss**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

- 14) Anpassung Höchstgrenze Elternbeiträge OGS; 33.360,00 €**

**Einstimmig Erledigung festgestellt**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

- 15) Verwaltungsarchiv, Zuschuss Geschichtsverein; 3.000,00 €**

**Einstimmig abgelehnt**

Ja:	0
Nein:	43 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (AfD)

- 16) Historisches Archiv; Publikationen; 4.500,00 €**

**Einstimmig abgelehnt**

Ja:	0
Nein:	43 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (AfD)

- 17) Abschaffung 65er Nachrichten; 10.000,00 €**

**Einstimmig abgelehnt**

Ja:	0
Nein:	43 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (AfD)



**18) Walter-Mundorf-Stadion Kündigung SSV; 50.000,00 €****Einstimmig abgelehnt**

Ja:	0
Nein:	34 (CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	11 (SPD, AfD)

**19) Einführung Hallennutzungsgebühren; 188.000,00 €****Einstimmig abgelehnt**

Ja:	0
Nein:	42 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE)
Enthaltung:	3 (AfD, Dr. Fleck)

**20) Verkehrsplanung (Kürzung Planungsbudgets 30%); 3.000,00 €****Einstimmig Erledigung festgestellt**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

**21) Städtebauliche Entwicklung Kürzung 30%; 3.750,00 €****Einstimmig Erledigung festgestellt**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

**22) Verzicht Klimamanager / Sanierungsmanager; 26.000,00 €**

Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen nicht realisierbar.

**23) Agendafest /Agendafonds; 30.000,00 €****Einstimmig abgelehnt**

Ja:	0
Nein:	43 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (AfD)

**Stadtbetriebe Siegburg AöR:****1) Verbraucherzentrale; 100.000,00 €**

Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen nicht realisierbar.

**2) Erhöhung Musikerschulentgelte; 67.800 €****Einstimmig abgelehnt**

Ja:	0
Nein:	34 (CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	11 (SPD, AfD)

**3) Sponsoring; 50.000,00 €;  
Prüfauftrag zur Möglichkeit von Mehreinnahmen****Einstimmiger Beschluss**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

**4) Musikwerkstatt; 60.000,00 €****Einstimmig abgelehnt**

Ja:	0
Nein:	34 (CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	11 (SPD, AfD)

Einstimmig wurde die Verwaltung mit der Prüfung der Möglichkeit von Mehreinnahmen durch Vermietungen etc. beauftragt.

**5) Stadtbibliothek; 127.642,00 €****Mehrheitlich abgelehnt**

Ja:	1 (Dr. Fleck)
Nein:	42 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE)
Enthaltung:	2 (AfD)

**6) Freizeitbad; 12.000,00 €****Einstimmig abgelehnt**

Ja:	0
Nein:	43 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (AfD)

Einstimmig wurde die Verwaltung mit der Prüfung der Möglichkeit von Veranstaltungen in der Nebensaison beauftragt.

**7) Rhein-Sieg-Halle; 200.000,00 €****Mehrheitlich abgelehnt**

Ja:	1 (Dr. Fleck)
Nein:	40 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP)
Enthaltung:	4 (DIE LINKE, AfD)

<b>10.</b>	<b>Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NRW; Kauf und Sanierung der Kindertageseinrichtung Sankt Anno, Bambergstraße; Zusatzinvestition für die Dacherneuerung</b>	<b>02 IV/20 III/68</b>
------------	---	--------------------------------

Der Rat genehmigte die der Vorlage als Anlage beigefügte Dringlichkeitsentscheidung vom 5.8.2015 über den Kauf und Sanierung der Kindertageseinrichtung Sankt Anno, Bambergstraße; Zusatzinvestition für die Dacherneuerung.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

<b>11.</b>	<b>Zukunftsinvestitionsgesetz; hier: Verwendung der Zuschussmittel; Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 3.9.2015</b>	<b>IV/20</b>
------------	--	--------------

**Frau Thiel**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erläuterte den Antrag dahingehend, dass sich ihre Fraktion bewusst mit dem Schulzentrum befasst habe, da auch eine energetische Teilsanierung zu Einsparungen führen würde. So seien die Fenster nur einfach verglast. Es handele sich – auch mit Blick auf den Inklusionsgedanken – um eine Schule mit Zukunft. Eine energetische Teilsanierung führe zu einer Kostenersparnis und verbessere zusätzlich den Umweltschutz. Die Erstellung eines Gutachtens halte sie nicht für erforderlich.

**Herr Rosemann** führte für die SPD-Fraktion aus, dass es sich bei dem Schulzentrum Neuenhof um eine Schule mit Zukunft und hohem Sanierungsbedarf handele. Die Entwicklung der Schülerzahlen und die Erstellung eines Gutachtens blieben abzuwarten. Mittel hierfür sollten in den Haushalt 2016 eingestellt werden.

**Herr Becker**, CDU-Fraktion, erklärte, dass man die vom Bund bereitgestellten Mittel ausgeben und dadurch Betriebskosten einsparen wolle. Das Schulzentrum Neuenhof sei hierfür ein mögliches Objekt. Jedoch solle ein Gesamtkonzept entwickelt werden unter Einbeziehung von Alternativen, beispielsweise dem VHS-Studienhaus.

**Frau Thiel**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, ob bis zu den Haushaltsberatungen 2016 die erforderlichen Informationen vorliegen würden.

**Frau Technische Beigeordnete Guckelsberger** entgegnete, dass ein Konzept sinnvoll sei; für dessen Erstellung jedoch keine Mittel im Haushalt 2015 zur Verfügung stünden. Vor der Umsetzung von Einzelmaßnahmen sei ein Entwicklungskonzept für die Schule zu erstellen.

**Herr Bürgermeister Huhn** fasste die Wortbeiträge zusammen und stellte fest, dass die vom Bund bereitgestellten Mittel nicht verfallen sollten und eine energetische Sanierung des Schulzentrums sinnvoll sei.

Der Rat beschloss, die Entscheidungen über die Verwendung der einmalig zur Verfügung gestellten Investitionszuschüsse aus dem vom Bund erlassenen Zukunftsinvestitionsgesetzes im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016 zu treffen und die Entscheidung zunächst zu vertagen.

AE: **Einstimmige Vertagung**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

12.	<b>Änderung der Satzung der Kreisstadt Siegburg über die Stadtbetriebe Siegburg AöR hier: 6. Änderungssatzung</b>	AöR
-----	---	-----

Der Rat beschloss folgende 6. Änderungssatzung:

**6. Änderungssatzung vom 1.10.2015  
der Satzung der Kreisstadt Siegburg  
über die Stadtbetriebe Siegburg AöR  
vom 6.12.2010  
in ihrer Fassung der 5. Änderungssatzung vom 23.06.2014**

*Aufgrund von § 7 Abs. 1 Satz 1, § 114 a Abs. 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208), hat der Rat der Kreisstadt Siegburg in seiner Sitzung am 1.10.2015 mit der Mehrheit seiner gesetzlichen Mitglieder beschlossen, die Satzung vom 6.12.2010 über die Stadtbetriebe Siegburg AöR in ihrer Fassung der 5. Änderungssatzung vom 23.6.2014 wie folgt zu ändern:*

**§ 1  
- betrifft § 6 der Satzung -**

*§ 6 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:*

*3) Mit Ausnahme des Vorsitzenden werden alle übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates und auch alle Stellvertreter vom Rat für die Dauer der Wahlperiode gewählt; für deren Wahl gilt § 50 Abs. 4 GO NRW sinngemäß.*

**§ 2**

*Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.*

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

<b>13.</b>	<b>Übernahme von Bürgschaften für die Stadtbetriebe Siegburg AöR - Fachbereich Abwasser</b>	<b>IV/20</b>
------------	---	--------------

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Fleck** zur Konsequenz einer Ablehnung erklärte **Herr Bürgermeister Huhn**, dass eine Ablehnung durch den Rat zu höheren Zinsen der Darlehen führen würden.

Der Rat der Stadt beschloss die Übernahme von kommunalen Ausfallbürgschaften für in den Jahren 2016 – 2018 aufzunehmende bzw. umzuschuldende Darlehen der Stadtbetriebe Siegburg AöR – Fachbereich Abwasser – in Höhe von insgesamt 28.110.000 €. Dieser Bürgschaftsrahmen darf ausschließlich zur Neuaufnahme bzw. Umschuldung von Darlehen verwendet werden, mit denen Maßnahmen des hoheitlich tätigen Fachbereiches Abwasser der Stadtbetriebe Siegburg AöR finanziert werden. Die Verwaltung wurde ermächtigt, bis zur Höhe des Bürgschaftsrahmens und bis zum 31.12.2018 entsprechende Einzelbürgschaften auszustellen.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	43 (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, Dr. Fleck)
Nein:	0
Enthaltung:	2 (AfD)

<b>14.</b>	<b>Bürgschaftsübernahme für umzuschuldende Darlehen der Stadtentwicklungsgesellschaft Siegburg mbH</b>	<b>IV/20</b>
------------	--	--------------

Der Rat der Stadt beschloss die Übernahme von kommunalen Ausfallbürgschaften für in den Jahren 2016 – 2018 umzuschuldende Darlehen der Stadtentwicklungsgesellschaft Siegburg mbH (SEG) in Höhe von insgesamt 16.038.000 €. Dieser Bürgschaftsrahmen darf ausschließlich zur Umschuldung von Darlehen verwendet werden, mit in der Vergangenheit investive Maßnahmen der SEG finanziert werden. Die Verwaltung wurde ermächtigt, bis zur Höhe des Bürgschaftsrahmens und bis zum 31.12.2018 entsprechende Einzelbürgschaften auszustellen.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	43
Nein:	0
Enthaltung:	2 (AfD)

## Niederschrift über die Sitzung des Rates der Kreisstadt Siegburg am 1.10.2015

<b>15.</b>	<b>Umbesetzung von Ausschüssen; Antrag der AfD-Fraktion vom 31.8.2015</b>	<b>02 AöR</b>
------------	---	-------------------

Der Rat empfahl dem Verwaltungsrat der Stadtbetriebe Siegburg AöR folgende Beiratsumbesetzung:

Kulturbeirat:

Bisher: Ralph Wesse (Ratsmitglied)

Neu: Renate Hüfeld (Sachkundige Bürgerin)

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	44
Nein:	0
Enthaltung:	0

<b>15.1.</b>	<b>Umbesetzung von Ausschüssen; Antrag der CDU-Fraktion vom 28.9.2015</b>	<b>02 10 51 14 36 III</b>
--------------	---	---

Der Rat beschloss folgende Ausschussumbesetzungen:

Wahlprüfungsausschuss:

Bisher: Herr Emanuel Bollinger (Ratsmitglied)

Neu: Herr Michael Burgemeister (Ratsmitglied)

Jugendhilfeausschuss:

Bisher: Herr Emanuel Bollinger (Ratsmitglied, persönlicher Vertreter)

Neu: Herr Michael Burgemeister (Ratsmitglied, persönlicher Vertreter)

Haupt- und Finanzausschuss:

Bisher: Herr Emanuel Bollinger (Ratsmitglied)

Neu: Herr Michael Burgemeister (Ratsmitglied)

Rechnungsprüfungsausschuss:

Bisher: Herr Emanuel Bollinger (Ratsmitglied)

Neu: Herr Michael Burgemeister (Ratsmitglied)

Schulausschuss:

Bisher: Herr Emanuel Bollinger (Ratsmitglied)

Neu: Herr Michael Burgemeister (Ratsmitglied)

Sportausschuss:

Bisher: Herr Emanuel Bollinger (Ratsmitglied)

Neu: Herr Michael Burgemeister (Ratsmitglied)

Bisher: Herr Ferdinand Büchel (Sachkundiger Bürger)

Neu: Herr Philipp Engel (Sachkundiger Bürger)

Umweltausschuss:

Bisher: Herr Clemens Bruch (Sachkundiger Bürger)  
 Neu: Frau Petra Wolff (Sachkundige Bürgerin)

Bau- und Sanierungsausschuss Rathaus:

Bisher: Michael Burgemeister (als Sachkundiger Bürger vor Erhalt des Ratsmandates)  
 Neu: Herr Ferdinand Büchel (Sachkundiger Bürger)

Der Rat empfahl dem Verwaltungsrat folgende Beiratsumbesetzung:

Betriebsbeirat:

Bisher: Herr Emanuel Bollinger (Ratsmitglied)  
 Neu: Herr Michael Burgemeister (Ratsmitglied)

Bisher: Herr Philipp Engel (Sachkundiger Bürger)  
 Neu: Herr Ernst Schneider (Sachkundiger Bürger)

Der Rat beschloss folgende Entsendungen von Vertretern in die Gremien von Unternehmen und Einrichtungen:

Stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Krankenhaus Siegburg Besitzgesellschaft mbH, Altenheim Siegburg Dienstleistungsgesellschaft mbH und Seniorenzentrum Siegburg GmbH:

Bisher: Herr Emanuel Bollinger (Ratsmitglied)  
 Neu: Herr Michael Burgemeister (Ratsmitglied)

Mitglied im Interkommunalen Arbeitskreis Wahner Heide:

Bisher: Herr Emanuel Bollinger (Ratsmitglied)  
 Neu: Herr Michael Burgemeister (Ratsmitglied)

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	44
Nein:	0
Enthaltung:	0

<b>16.</b>	<b>Aktuelle Flüchtlingssituation in Siegburg; Antrag der AfD-Fraktion vom 14.9.2015</b>	<b>02</b>
------------	---	-----------

**Herr Bürgermeister Huhn** informierte den Rat über die aktuelle Situation der Flüchtlinge in Siegburg.

Derzeit seien Siegburg 300 Asylbewerber und Asylbewerberinnen der Stadt dauerhaft zugewiesen, zusätzlich seien 150 Flüchtlinge in einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht; ab dem 5.10.2015 werde sich die Zahl auf 190 Personen erhöhen. Die Bezirksregierung habe mitgeteilt, dass die NUE bis März 2016 bestehen bleibe. Danach, so die Absicht von Bund und Land, sollen größere Unterbringungseinheiten geschaffen werden.

Die 300 Siegburg dauerhaft zugewiesen Flüchtlinge erhalten eine umfassende Betreuung durch einen großen Kreis von Ehrenamtlern; sie stünden symbolisch für die besondere Willkommenskultur in Siegburg. In der Erstaufnahmeeinrichtung des

Schulzentrums seien Kollegen des Amtes für Jugend, Schule und Sport und des Bürgerservices im Einsatz. Frau Hürter und Frau Lehmann, verantwortlich für die Koordination, leisteten hervorragende Arbeit zur hohen Zufriedenheit aller. Zusätzlich seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung in der Erstaufnahmeeinrichtung an den Wochenenden und an Feiertagen ehrenamtlich tätig.

Die 300 Siegburg dauerhaft zugewiesenen Asylbewerber seien in acht Gebäuden und neun angemieteten Wohnung dezentral untergebracht. Die Flüchtlingszahlen stiegen jedoch auch in Siegburg weiter. Bis Ende 2016 müsse man mit bis zu 5% der Einwohnerzahl an Flüchtlingen rechnen; dies bedeute für Siegburg insgesamt 2.000 Flüchtlinge. Daraus folge die Notwendigkeit zu besonderen Anstrengungen im Bereich Schule, Kindertagesstätten und Integration.

Für die Unterbringung der vielen Menschen sei eine umfangreiche Vorsorge erforderlich, daher habe die Verwaltung den Nachtrag Nr. 1 im nichtöffentlichen Teil, Kauf einer Gewerbeimmobilie zur Unterbringung von Flüchtlingen/Asylbewerbern, in die Tagesordnung aufgenommen. Weiterhin würden Verhandlungen über eine Mietfläche für die Unterbringung von bis zu 180 Flüchtlingen im Phrix-Gebäude geführt und die Errichtung von Gebäuden in Leichtbauweise auf einem Grundstück an der Frankfurter Straße geprüft. Mit dem HELIOS-Konzern spreche man über die Nutzung des ehemaligen Schwesternwohnheims, dort könnten bis zu 150 Menschen untergebracht werden.

Sofern weitere Entscheidungen hinsichtlich der Unterbringung von Flüchtlingen erforderlich werden, würden diese im Wege von Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 GO NRW entschieden.

**Herr Beigeordneter Mast** erläuterte die finanziellen Auswirkungen der aktuellen Flüchtlingssituation anhand der dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Präsentation.

**Herr Bürgermeister Huhn** ergänzte, die größtmögliche Herausforderung bedeute, dass bis zu 2.000 Flüchtlinge bis Ende 2016 in Siegburg aufzunehmen seien. Der Rat werde über alle Entwicklungen frühzeitig informiert. Die Probleme der Flüchtlingskrise erforderten eine globale Lösung; es müsse in Europa und Deutschland eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge erfolgen. Ebenso müssten der Bund und das Land NRW die Kosten der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung vollständig tragen.

**Herr Wesse**, AfD-Fraktion, dankte für die Informationen. Er wünsche sich eine umfassendere Beteiligung der Fraktionen des Rates bei anstehenden Entscheidungen. Er dankte Herrn Bürgermeister Huhn für sein Krisenmanagement in der aktuellen Flüchtlingssituation und wies in diesem Zusammenhang auf die hohe Bedeutung des Ehrenamtes hin.

**Herr Bürgermeister Huhn** entgegnete, dass die Flüchtlingssituation in allen relevanten Ausschüssen des Rates umfassend thematisiert worden sei.

**Herr Kirli**, SPD-Fraktion, dankte Herrn Bürgermeister Huhn und der Verwaltung ebenfalls. Er wies darauf hin, dass die aktuelle Flüchtlingssituation auch Chancen beinhalte und erkundigte sich, ab die aktuelle Stichtagsregelung Veränderungen bewirke.

**Herr Beigeordneter Mast** antwortete, dass eine Veränderung der Stichtagsregelung noch nicht beschlossen sei. Der Nachtragshaushalt des Landes NRW führe



zu einer zusätzlichen Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 500.000 €. Die Finanzierung der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sei weiter unklar; die vom Bund beschlossene Pauschale von 675 € reiche nicht aus.

**Herr Bürgermeister Huhn** ergänzte, dass Unterbringung und Betreuung pro Flüchtling einen monatlichen Aufwand von 1.100 € verursache, dies sei z.B. abhängig von der Höhe der Miete für angemietete Objekte.

**Herr Peter**, FDP-Fraktion, informierte den Rat, dass der Antrag der FDP-Fraktion im Ausschuss für kommunale Gesellschaftspolitik intensiv diskutiert worden sei. Die vom Bund beschlossene Pauschale in Höhe von 675 € sei nicht auskömmlich, auch sei die Höhe des vom Land NRW weitergeleiteten Betrages unklar. Eine quartalsweise Abrechnung sei erforderlich.

**Herr Becker**, CDU-Fraktion, äußerte die Besorgnis, dass sich fremdenfeindliche Stimmen mehren könnten. Anlass hierfür sei auch die schlechte finanzielle Ausstattung der Kommunen. Dies könne zu Einschnitten im Bereich Schule und Kindertagesstätten führen. Es sei Aufgabe des Bundes und des Landes für Abhilfe zu sorgen und die Kommunen finanziell schadlos zu stellen. Dies erfolge beispielsweise in Baden-Württemberg, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern. Der Umgang mit den Flüchtlingen in Siegburg sei vorbildlich und lobenswert.

Der Rat nahm zustimmend Kenntnis.

<b>N1</b>	<b>Verweisung aus der Sitzung des Ausschusses für kommunale Gesellschaftspolitik am 17.9.2015; Antrag der FDP-Fraktion vom 2.9.2015; hier: Unterstützung der Initiative der Bürgermeister zur Flüchtlingsproblematik</b>	<b>02 51</b>
-----------	--	------------------

Der Rat schloss sich einstimmig der Anregung des Bürgermeisters an, dass die „übergeordneten Ebenen“ die Kommunen von den Kosten für Flüchtlinge freistellen müssen.

Der Rat in seiner Gesamtheit stimmte der Anregung zu.

<b>17.</b>	<b>Anfragen von Ratsmitgliedern</b>	<b>02</b>
------------	-------------------------------------	-----------

**Herr Dr. Fleck** dankte für die Beantwortung seiner Anfragen und wies darauf hin, dass sein Name in der Tagesordnung nicht enthalten sei. Hierzu habe er eine Eingabe an das Verwaltungsgericht Köln gerichtet, der Ausgang des Verfahrens hinsichtlich der Kostentragung durch die Stadt Siegburg sei noch offen.

**Herr Erster Beigeordneter Reudenbach** informierte den Rat, dass das Verwaltungsgericht Köln den Antrag auf einstweilige Anordnung, dass der Name genannt werden müsse, abgewiesen habe.

<b>17.1.</b>	<b>Zinslose Darlehen der KfW für Kommunen und gelockerte Bauvorschriften zur Schaffung von Flüchtlingsunterkünften; hier: Anfrage gem. § 17 der Geschäftsordnung</b>	<b>IV/20</b>
--------------	--	--------------

Der Rat nahm Kenntnis.

17.2.	<b>Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) im Zeitraum Januar bis September 2015; hier: Anfrage gem. § 17 der Geschäftsordnung</b>	IV/20
-------	---	-------

Der Rat nahm Kenntnis.

17.3.	<b>Anfrage zu Verbesserungen am Radwegenetz; hier: Anfrage gem. § 17 der Geschäftsordnung</b>	III/61 KM
-------	---	--------------

Der Rat nahm Kenntnis.

N2	<b>1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 44/5 „Mühlengraben-Quartier“ Plangebiet: Bereich zwischen Brückbergstraße, Wilhelmstraße, der Straße „Zum Hohen Ufer“ und dem Mühlengraben im Siegburger Zentrum</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Beschluss zur Einleitung des Änderungsverfahrens</b></li> <li>• <b>Beschluss zur Durchführung eines beschleunigten Verfahrens</b></li> </ul>	III/61
----	---	--------

1. Gemäß Antrag der Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG, vertreten durch die Lidl Immobilienbüro West GmbH & Co.KG, vom 23.9.2015 beschloss der Rat der Stadt Siegburg die Einleitung des Verfahrens zur 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 44/5 für die im Übersichtsplan schwarz umrandete Fläche in der Gemarkung Siegburg, Flur 6, im Siegburger Zentrum, zwischen der Brückbergstraße, der Wilhelmstraße, der Straße „Zum Hohen Ufer“ und dem Mühlengraben. Mit der Änderung des Bebauungsplanes wird das Ziel verfolgt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung eines verkleinerten Fachmarktzentrums und vier weitere Mehrfamilienhäuser zu schaffen.
2. Der Stadtrat beschloss, die 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 44/5 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchzuführen. Von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. der §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB wird abgesehen. Die Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB entfällt.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	45
Nein:	0
Enthaltung:	0

<b>N3</b>	<b>Verweisung aus der Sitzung des Ausschusses für kommunale Gesellschaftspolitik vom 17.9.2015; Elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber/innen;</b>	<b>02 50</b>
-----------	--	------------------

**Herr Kirli** stellte für die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

Die Stadt Siegburg setzt sich dafür ein, dass der Solidarverbund zur Finanzierung der Gesundheitskosten von Flüchtlingen im Rhein-Sieg-Kreis weiterhin bestehen bleibt und die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden über die Erfüllung von Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz dahingehend angepasst wird, dass eine Einführung der Gesundheitskarte für Geflüchtete im gesamten Kreisgebiet möglich ist.

Sollte diese Anpassung der Solidarvereinbarung nicht möglich sein, solle der ursprüngliche Antrag, in der kommenden Sitzung des Ausschusses für kommunale Gesellschaftspolitik am 18.11.2015 beraten werden.

**Herr Becker**, CDU-Fraktion, erklärte, dass die CDU-Fraktion den Antrag derzeit ablehne. Die Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge führe zur Auflösung des Solidarverbundes. Die Stadt müsste in diesem Fall die Gesundheitskosten alleine tragen.

**Herr Kirli**, SPD-Fraktion, entgegnete, dass die Vorlage der Verwaltung nur die technischen und nicht die menschlichen Aspekte betrachte.

Der Bürgermeister ließ sodann über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

#### Mehrheitliche Ablehnung

Ja:	15 (SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Nein:	28 (CDU, FDP, AfD, Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (DIE LINKE)

Über den Antrag der CDU-Fraktion, der Rat schließe sich der Empfehlung der Verwaltung – auch vor dem Hintergrund der Kündigungsfrist, eine bundeseinheitliche Regelung abzuwarten und die Mitgliedschaft im Solidarpakt weiter beizubehalten, an, erfolgte folgender Beschluss.

#### Einstimmiger Beschluss

Ja:	37 (CDU, SPD [7], Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, AfD, Dr. Fleck)
Nein:	0
Enthaltung:	8 (SPD [2], Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

18.	<b>Bekanntgaben der Verwaltung</b>	
-----	------------------------------------	--

18.1.	<b>Gesamtabschlüsse für die Haushaltsjahre 2010 - 2013</b>	IV/20 14
-------	--	-------------

Der Rat nahm Kenntnis.

18.2.	<b>Klageverfahren gegen die Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B in 2015</b>	IV/20
-------	---	-------

Der Rat nahm Kenntnis.

19.	<b>Verschiedenes</b>	StaW 32 51
-----	----------------------	------------------

**Frau Körner**, SPD-Fraktion, erkundigte sich nach der Zusammensetzung, den Zielen und den Aufgaben des Arbeitskreises „Stadtentwicklung“.

**Herr Bürgermeister Huhn** informierte darüber, dass die Einrichtung des Arbeitskreises im Wirtschaftsförderungsausschuss beschlossen worden sei. Mitglieder seien Vertreter der im Rat vertretenden Fraktion und der Händlerschaft. Ziel sei es, den 10-Punkte-Plan auszuarbeiten und die Erkenntnisse dem Wirtschaftsförderungsausschuss vorzulegen. Regularien könne sich der Arbeitskreis selber geben.

**Herr Peter**, FDP-Fraktion ergänzte, dass sich Siegburg mit den konkreten Auswirkungen der Fertigstellung des HUMA in Sankt Augustin und dem zunehmenden Internethandel beschäftigen müsse.

**Herr Halft**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN fragte, ob die Verwaltung oder der Rhein-Sieg-Kreis die Aufstellung von „Rundumblitzern“ in Zusammenarbeit mit einer privaten Firma in Siegburg beabsichtige.

**Herr Bürgermeister Huhn** antwortete, dass dies nicht beabsichtigt sei; der Rhein-Sieg-Kreis überwache den fließenden Verkehr mit eigenen Mitarbeitern.

**Herr Bürgermeister Huhn** informierte den Rat, dass vorbehaltlich der Beschlussfassung zu Nachtrag Nr. 1 nichtöffentlich, Kauf einer Gewerbeimmobilie zur Unterbringung von Flüchtlingen/Asylbewerbern, am 8.10.2015 um 19 Uhr eine Informationsveranstaltung für den Stadtteil Zange im Gebäude der Berufsbildenden Schule, Hochstraße, erfolgen werde.

20.	<b>Anschließend Einwohnerfragestunde</b>	IV/20 AöR 51 02
-----	--	--------------------------

**Frau Bulau** wies auf die steigenden finanziellen Belastungen der Stadt im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen und höherer Pensionsrückstellungen hin und erkundigte sich, ob dadurch die Gefahr eines Haushaltssicherungskonzepts bestünde.

**Herr Bürgermeister Huhn** antwortete, dass zunächst der Jahresabschluss 2015 abgewartet werden müsse. Der städtische Haushalt beinhalte eine Reihe von Verbesserungen, so dass der Haushalt voraussichtlich mit einem Defizit von weniger als 5% abschließen werde.

**Herr Hahn** fragte, ob die Stadt Siegburg Geschäftsbeziehungen zur der Rhein-Sieg Netz GmbH unterhalte und ob dies zu Mehrbelastungen der Siegburger Bürger führe.

**Herr Kuchheuser** führte aus, dass die Rhein-Sieg Netz GmbH ein Teilrechtsnachfolger in der Rhenag sei. Der bestehende Konzessionsvertrag sei auf die Rhein-Sieg-Netz GmbH übergegangen, sodass nun die Rhein-Sieg Netz GmbH die Konzessionsabgabe entrichte.

**Herr Moser** wies darauf hin, dass die Asylbewerber zukünftig neben einem Bordell untergebracht werden sollen und fragte, ob dies erforderlich sei.

**Herr Bürgermeister Huhn** antwortete, dass derzeit keine räumlichen Alternativen ersichtlich seien.

**Herr Leisen** beabsichtigte eine Frage zu den Einsparvorschlägen des Bürgerforums, Tagesordnungspunkt 9, zu stellen.

**Herr Erster Beigeordneter Reudenbach** wies darauf hin, dass die aktuelle Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse Einwohnerfragen zu Tagesordnungspunkten der jeweiligen Sitzung nicht zulasse. Diese Rechtsauffassung wurde durch die Kommunalaufsicht, den Städte- und Gemeindebund sowie ein Rechtsgutachten bestätigt.

**Ende der öffentlichen Sitzung: 21:20 Uhr**  
Presse und Zuhörer verließen den Sitzungssaal.